Geschrieben von: Lorenz
Donnerstag, den 22. Oktober 2020 um 12:29 Uhr

Sie werden jetzt auf die Bundesländer verteilt

Weitere behandlungsbedürftige Flüchtlingskinder auf dem Flughafen Hannover eingetroffen

Donnerstag 22. Oktober 2020 - **Hannover (wbn). Auf dem Flughafen Langenhagen bei Hannover sind heute erneut behandlungsbedürftige Flüchtlingskinder mit ihren Eltern und Geschwistern - insgesamt 77 Personen - gemeinsam mit weiteren 27 unbegleiteten Minderjährigen aus den griechischen Flüchtlingslagern gelandet.**

Dazu der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius: „Ich freue mich, dass wir erneut besonders schutzbedürftige Personen nach Deutschland holen, damit sie bei uns ihr Asylverfahren durchlaufen können. Die Bedingungen in den griechischen Flüchtlingslagern sind nach wie vor katastrophal, der Herbst und nahende Winter samt Kälte und Nässe tragen zusätzlich zu den unwürdigen Lebensumständen bei“.

Fortsetzung von Seite 1

Wie bereits bei den vorangegangenen Flügen praktiziert, werden die ankommenden Personen direkt auf verschiedene Bundesländer verteilt.

Niedersachsen wird von den heute angekommenen Personen fünf unbegleitete Minderjährige aufnehmen. Seit dem Frühjahr dieses Jahres hat Deutschland in enger Absprache mit den Bundesländern sowie den internationalen und europäischen Institutionen (IOM, UNHCR, EASO) begonnen, zunächst unbegleitete Minderjährige, dann behandlungsbedürftige Kinder mit ihren Familienangehörigen aus dem griechischen Flüchtlingslagern nach Deutschland auszufliegen.

Ausgangspunkt hierfür ist ein Besuch des griechischen Flüchtlingslagers auf Lesbos von Innenminister Pistorius im Herbst 2019, der sich seitdem für die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Kinder stark macht. Die Bundesregierung hatte dann im März dieses Jahres beschlossen, sich im Rahmen einer europäischen Initiative bei der Aufnahme von Flüchtlingskindern von den griechischen Inseln zu engagieren.

Transparenzhinweis der Redaktion: Grundlage dieser Meldung ist eine Information des Niedersächsischen Innenministeriums